

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Anita Klahn, MdL**  
*Stellvertretende Vorsitzende*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 275 / 2017  
Kiel, Mittwoch, 18. Oktober 2017

Kommunales/Straßenbau

## Stephan Holowaty: Straßenausbaubeiträge sind für viele Menschen existenzgefährdend

Zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig, Kosten für den öffentlichen Straßenausbau bei Lütjenburg in Höhe von 189.000 Euro auf einen einzelnen Landwirt umzulegen, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Stephan Holowaty**:

„Der Fall des Landwirts bei Lütjenburg, der für den Ausbau einer öffentlichen Straße mit 189.000 Euro zur Kasse gebeten wird, zeigt besonders deutlich, welche Ungerechtigkeit mit der Erhebung der Straßenausbaubeiträge oft einhergeht.

Nach derzeitiger Rechtslage sind die Gemeinden verpflichtet die Kosten für den Straßenausbau auf die Anlieger umzulegen. Obwohl eine gute Infrastruktur allen nutzt, wird ein Großteil der finanziellen Last bei Einzelnen abgeladen. Das ist nicht gerecht und führt zu großen persönlichen Härten, wie der Fall in Lütjenburg zeigt. Grundeigentum hat für die Menschen die unterschiedlichsten Funktionen. Für manche ist es die Altersvorsorge, für andere ist es die Erwerbsgrundlage. Die übermäßige, oft willkürlich erscheinende Belastung ist daher für viele Menschen existenzgefährdend.

Es ist daher gut für die Menschen in unserem Land, dass die Koalition einen Gesetzesentwurf eingebracht hat, nach dem Kommunen in Zukunft nicht mehr dazu gezwungen werden die Kosten für den Straßenausbau auf die Anlieger umzulegen. Wir werden die zum Gesetzesentwurf anstehenden Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss gemeinsam voranbringen, um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Wahlfreiheit für die Kommunen zu ermöglichen.

Mittelfristiges Ziel der Freien Demokraten bleibt es die Straßenausbaubeiträge im Zuge der notwendigen Reform des Finanzausgleichgesetzes, nach Möglichkeit, ganz abzuschaffen.“